



liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte
ausgabe januar 2011

Herausgeber, V.i.S.d.P

Dr. Maren Jasper-Winter
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte
Schlegelstr. 24
10115 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia Bandow,
Anno Blissenbach, Ralf Breitgoff,
Ingo Kamps, Kurt M. Lehner,
Justus Leonhardt, Katja v. Maur,
Peter Pawlowski, Henner Schmidt,
Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Hartmut Bade, Bärbel Freuden-
berg-Pilster, Lars Lindemann, Antje
Pieper, Katja Suding

Leserbriefe

Peter Altmiks

FDP Berlin-Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-gendarmenmarkt.de
www.fdp-hackescher-markt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen
geben die Meinung ihres Autors
wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central

ausgabe januar 2011



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

während wir alle den guten Start in ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr genießen, können wir uns bereits über die ersten Highlights 2011 freuen: Nach einem schönen Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart wird die Bundespartei in den kommenden Monaten nicht weiter Personal drama spielen, sondern sich auf gute liberale Politik für die Bürger und das Land konzentrieren. Die Einkommen in Deutschland steigen so stark wie zuletzt zur Zeit der Wiedervereinigung. Und die Linkspartei beschäftigt sich damit, für unser Land schöne „Wege zum Kommunismus“ zu suchen.

Die politische Arbeit in unseren Verbänden in Mitte wird in den kommenden Wochen von zahlreichen Personalentscheidungen geprägt sein: Zunächst die Jahreshauptversammlungen der Ortsverbände mit Vorstands- und Delegiertenwahlen, anschließend am 28. Februar die Jahreshauptversammlung des Bezirksausschusses mit der Wahl des neuen Bezirksvorstandes, und schließlich am 10. März die Bezirkswahlversammlung mit der Aufstellung unserer Liste zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlung Mitte im September.

Unabhängig davon, ob Sie persönlich Versammlungen mit Personalwahlen attraktiv finden oder nicht, sei Ihnen der Besuch derselben wärmstens ans Herz gelegt. Eine aktive Beteiligung unserer Mitglieder ist die beste Gewähr dafür, dass wir für jedes Amt, für jedes Mandat und für jede Kandidatenposition die geeignetste und qualifizierteste Person auswählen. So wie „Freiheit zur Verantwortung“ eine inhaltliche Leitlinie liberaler Politik ist, so sollten Sie sich die sich bietende Freiheit zu einer verantwortungsbewussten Teilnahme an den Personalentscheidungen unserer Verbände nicht entgehen lassen.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Die FDP braucht an der Spitze keinen Supermann,
sondern ein Team, das sich durch Standfestigkeit
bei liberalen Grundsätzen in der praktischen
Regierungspolitik bewährt.

Michael Theurer

Liberaler Jahresauftakt: Wir werden kämpfen

von Maren Jasper-Winter

„Wir werden kämpfen, ich werde kämpfen“, so Guido Westerwelle auf seiner Rede auf dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart. Mit diesen Worten beließ es der Bundesvorsitzende als Antwort um die Spekulationen zu seiner Person. Die Rede - viele Politikfelder abarbeitend, pointiert - zeigt ihn als (Wahl-)Kämpfer. Und doch hinterlässt sie eine gewisse Ratlosigkeit in Bezug auf die Zukunft der Liberalen.



Die Inhalte in Westerwelles Rede stimmen. Wir sind die einzige liberale Partei Deutschlands. Wer möchte, dass zunächst die private Initiative, der private Freiraum, die private Vielfalt gefordert, unterstützt und geschützt werden, bevor der Staat eingreift, braucht die Liberalen. Alle anderen Parteien erfinden für jede gesellschaftliche Situation ihr neun-mal-kluges Konzept, anstatt dem Bürger, dem Unternehmer, der Angestellten, dem Schüler Freiraum zu geben, es besser und anders zu machen als der Staat es jemals kann.

Sicherlich braucht Freiheit einen Rahmen. Am Beispiel der Finanz- und Bankenaufsicht macht Westerwelle dies klar. Die Liberalen setzten sich schon vor der Finanzkrise für eine europäische Banken- und Finanzaufsicht ein, denn Marktwirtschaft braucht auch klare Regeln, damit sie funktioniert.

In Berlin brauchen wir liberale Inhalte und Gedankengut mehr denn je: denn mit einem geordneten Wettbewerb um den öffentlichen Nahverkehr, würden die S-Bahnen wieder regelmäßig fahren. Anstatt sich an der Nase herum führen zu lassen, muss der Senat die Verträge kündigen und die Leistung neu ausschreiben. Diese Forderung der Liberalen ist wirklich verstandener Gemeinwohlsinn - nicht etwa abwarten bis die letzten Züge in die Wartungshalle geschoben werden.

Echter Gemeinwohlsinn ist auch, nicht allen Kindern in dieser Stadt eine Schule für alle vorschreiben zu wollen. Kinder sind sehr unterschiedlich - deshalb wollen wir ein vielfältiges System anstatt die Einheitschule. Das ist für uns sozial. Natürlich muss auch hier der Staat vernünftige Rahmenbedingungen setzen. So ist es klar, dass wir eine gut ausgebaute Übermittagsbetreuung mit Schulkantinen brauchen. Dies erfordert an vielen Schulen noch Geld für Um- und Ausbauten. Auch die Lehrpläne, für deren Mindestinhalt und -standard die staatliche Schulaufsicht zuständig sein muss, müssen sich veränderten Gegebenheiten, z.B. dem Abitur nach 12 Schuljahren und dem Ganztagsbetrieb, anpassen. Nachdenklich stimmt, dass wir Liberale Antworten auf alle diese Fragen haben und dass viele Menschen sagen, dass dies vernünftige Lösungen sind. Ich sehe auch nicht, dass wir neue Kreise, wie z.B. den „Dahrendorf-Kreis“ dringend benötigen, da unser Programm bestimmte Politikfelder wie z.B. die Umweltpolitik unzureichend abdeckt. Vielmehr müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unsere Mittlerinnen und Mittler dieser Ideen nicht so ankommen, wie wir es uns wünschen. Es bedarf meines Erachtens nicht unbedingt eines neuen Programms, sondern anderer „Werbeträger“ der Ideen. Dies ist nicht unbedingt gerecht, zuweilen auch unhöflich.

Ich habe mir deshalb von dem Dreikönigstreffen erwartet, dass ein Generationenwechsel unserer Außengesichter zumindest angedeutet wird. Einige Tage zuvor hatten doch Daniel Bahr, Philipp Rösler und Christian Lindner etwas Bemerkenswertes getan. Sie haben sich exponiert mit Ideen, wie sie die FDP künftig sehen und wie sie sich positionieren soll. Sie und andere Jüngere der FDP stellen die Zukunft der Liberalen dar. Zur Zukunft angesichts der gemachten Fehler und der eindeutigen Resonanz in der Öffentlichkeit hat Westerwelle nichts gesagt. Vielleicht weil er sich selbst nicht neu erfinden kann, denn er ist er. Die FDP muss sich jedoch dringend neu erfinden - denn das Thema, für das er als Person steht, „Mehr netto vom brutto“ hat nicht so funktioniert wie angekündigt. Auch die „spätromische Dekadenz“ tat nicht gut. Wir brauchen Westerwelle dennoch: er setzt sich als Außenminister ernsthaft für Menschenrechte ein und spricht dies klar aus. Und wir brauchen ihn, um einen Generationenwechsel in der Bundesspitze einzuleiten.

Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte

Spätsozialistische Dekadenz

von Hartmut Bade

In der Bundesrepublik werden pro Kopf und Jahr mehr als 9.000 Euro Sozialleistungen ausgeschüttet, nicht gerechnet die Zahlungen, die auf privaten Verträgen beruhen. In Berlin liegt diese Quote deutlich darüber. Es lohnt sich also darüber nachzudenken, ob man diese Summen als Ausdruck sozialer Wärme oder als Umverteilungswahnsinn betrachtet.



Dabei möchte ich nicht in den Mittelpunkt stellen, ob ein existenzsicherndes Basisgeld mehr als 364 Euro betragen muss, wenn zusätzlich die warme Wohnung zugesichert wird. Mehr noch berührt mich die Frage, ob die Gelder, die wir Bürger in Form von Steuern und Abgaben zur Verfügung stellen, vom Staat effektiv und effizient verwaltet und eingesetzt werden.

Peter Pawlowski hat in LC Oktober über die Mittelsperre des Jobcenters (JC) Mitte berichtet. Dahinter verbirgt sich ein extremes Beispiel, wie unser Geld in den Sand gesetzt wird - nicht aus mangelndem Geschick, sondern mutwillig. Eine interne Prüfung der Arbeitsagentur im JC Mitte ergab:

- In 52% aller Maßnahmen ist nachweislich nicht versucht worden, den Arbeitslosen in den Markt zu vermitteln, bevor ihm eine teure Eingliederungsmaßnahme verpasst wurde.
- Bezüglich der Wirtschaftlichkeit gibt die Agentur für Arbeit Orientierungshilfen. Diese sind zu 88% nicht eingehalten worden. Allein die Berücksichtigung dieser Vorgabe hätte im halbjährigen Prüfungszeitraum 4,7 Mio Einsparung ermöglicht.
- Jede Maßnahme erfordert eine aussagefähige Stellenbeschreibung. Zu 44% fehlten solche Unterlagen.
- In 56% stimmten die Stellenangebote nicht mit den Anträgen der Träger überein.
- Es muss die Wettbewerbsneutralität überprüft werden, um nicht in Konkurrenz zur freien Wirtschaft zu treten. Diese Unterlagen fehlten zu 39%.

- In 41% der Fälle gab es keine nachvollziehbare Integrationsstrategie, die ja eigentlich Grundlage jeder öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahme zu sein hat.

Wem dient diese Art der Pflichterfüllung?

Zur Beantwortung dieser Frage lohnte es sich, die Debatte zu diesem Thema in der BVV zu verfolgen. Der zuständige Sozialdezernent Stefan von Dassel (Grüne) sorgte sich weder spürbar um die betroffenen Arbeitslosen und ihre Familien noch um die einzahlenden Leistungsträger unserer Gesellschaft. Er stellte die Maßnahmenträger in den Mittelpunkt, deren Mittelzufluss gefährdet ist, wenn der Staat nicht mehr zahlt. Im Prüfbericht steht lakonisch „Ergebnisse von Trägerprüfungen des JC BM sind nicht gefunden worden.“ Das heißt nichts anderes, als dass aus Gewohnheit und in Absprache bestimmte Institutionen die Maßnahmen für das Jobcenter durchführen, ohne ihre Eignung und ihre Wirtschaftlichkeit zu hinterfragen. Ein Geschäftsführer der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit hat im November entwaffnend offen erklärt. „Wir haben in Berlin 60% unseres Geldes für den zweiten Arbeitsmarkt ausgegeben“ und „zu 80% Blödsinn finanziert.“

Das Zusammenspiel der Mehrheiten beim Gesetzgeber, der Sozialverwaltungen und der „sozialen“ Organisationen führt zu einem höchst bedenklichen und teuren Moloch der sich vom Geld mehr oder weniger ahnungsloser Steuerbürger ernährt. Das ist die eine Seite. Die andere ist sicher, dass jeder Arbeitslose, der in einer Maßnahme steckt, für diesen Zeitraum keine weitere Vermittlungsarbeit verursachen kann.

In diesem Zusammenhang mache ich auf das „Thesenpapier zum Sozialmarkt“ des LFA Soziales aufmerksam. Darin wird Transparenz und Wettbewerb der Maßnahmenträger im Sozialbereich gefordert. Im Kern sollen dazu ein Träger- und Projektatlas des Landes Berlin sowie Akkreditierungs- und Kontrollverfahren dienen, denen sich alle Träger unterwerfen müssen. Die Bezirksämter und Senatsverwaltungen hätten dann die Ziele aller Maßnahmen präzise zu definieren und die entsprechenden Leistungen grundsätzlich öffentlich auszuschreiben.

Geht alles. Ihr müsst nur FDP wählen.

Hartmut Bade (OV Wedding)

Hamburgs Bürgerschaft braucht gelb

von Katja Suding

Hamburg als liberale und weltoffene Stadt muss sich auf ihre Stärken besinnen, und das geht nur mit einer starken FDP-Fraktion in der Bürgerschaft. Hamburg muss attraktiver für Familien werden, die richtigen Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze schaffen und die desolante Haushaltslage in den Griff bekommen.



Hamburg hat in den letzten Jahren unglaublich an Glanz verloren und wurde jahrelang weit unter seiner Würde regiert. Die Hamburger Senatspolitik ist am Ende, sowohl in der Sache als auch bei den verantwortlichen Personen. Alle Parteien in der Bürgerschaft haben ihren Teil zum miserablen Ergebnis beigetragen, haben in der Regierung und auch in der Opposition versagt. Ein echter politischer Neuanfang kann nur mit einer starken FDP-Fraktion gelingen.

Ich stehe für eine Politik, die in die Zukunft gerichtet ist. Stichwort Bildung: Eltern und Schüler haben zu Recht Angst vor immer neuen Reformen. In der Schulpolitik wird die FDP gewährleisten, dass der Volksentscheid hundertprozentig geachtet wird. Eine starke FDP-Fraktion in der Bürgerschaft ist das Bollwerk gegen jeden Versuch, die Einheitsschule durch die rot-grüne Hintertür einzuführen. Wir wollen, dass sich die Schulen wieder um den Unterricht der Kinder kümmern und dass die Lehrer ihre verantwortungsvolle Aufgabe gern wahrnehmen. Mit der FDP haben die Grundschulen, die Gymnasien und die Stadtteilschulen eine Chance, sich in einem klar gegliederten Schulsystem zu entwickeln.

Grundlage eines guten Schulsystems ist auch eine familienfreundliche Stadt. Als berufstätige Mutter zweier Kinder weiß ich, wie schwer es ist, eine flexible Kinderbetreuung zu finden. Das muss sich in Hamburg ändern. Wir brauchen auch mehr bezahlbaren Wohnraum, damit die Familien nicht aus Hamburg raus ins Umland abwandern.

In der Wirtschaftspolitik müssen neue Akzente gesetzt werden. Als selbstständige PR-Beraterin höre ich täglich von den Sorgen der Wirtschaft in Hamburg. Die Fahrrinnenanpassung der Elbe ist für die Entwicklung der Hansestadt genauso wichtig wie die Hafenspannung, damit sich der Güterverkehr nicht mehr durch die Stadt quälen muss.

Hamburg ist aber nicht nur Hafen, Hamburg ist Handwerk, Dienstleistung und Kreativwirtschaft. Sie gilt es genauso zu berücksichtigen wie die Großen, denn der Mittelstand ist das Rückgrat des Arbeitsmarktes. Es gibt nichts Sozialeres als Arbeitsplätze, darum steht das Thema für mich als FDP-Spitzenkandidatin auch ganz weit oben.

Was die Wirtschaft braucht, brauchen auch die Bürger: Straßen, die instand gehalten werden. Zurzeit sind die Straßen aber eine Schande für unser Stadtbild. Die FDP kümmert sich vorrangig um das, was die Stadt braucht. Eine Stadtbahn als isoliertes Verkehrssystem braucht Hamburg nicht.

Hamburg soll sexy sein ohne dass der Pleitegeier über der Stadt kreist. Doch 25 Milliarden Euro Schulden sind 25 Milliarden zu viel. Wäre die Stadt ein privates Unternehmen, müsste sie wegen Überschuldung zum Insolvenzrichter gehen. Darum werde ich mit den Liberalen in die Bürgerschaft einziehen und eine Wende in der Haushaltspolitik einleiten: Ich bin da ganz optimistisch. Die FDP ist die Alternative zu allen Bürgerschaftsparteien und wird im Falle des Einzugs für Sondierungsgespräche bereit stehen. Wünschen Sie uns Erfolg.

[Katja Suding ist Spitzenkandidatin der Hamburger FDP zur Landtagswahl dortselbst im Februar 2011](#)

Unser Bezirksverband Berlin-Mitte wird die Hamburger Parteifreunde am 05. Februar beim Wahlkampf unterstützen. Anmeldungen und Informationen bei FDP@Volker-Imhoff.de oder (030) 44.67.38.31

Zum Thema

Arbeitnehmer und Datenschutz

von Bärbel Freudenberg-Pilster



Seit 1977 gab es in der alten Bundesrepublik ein Bundesdatenschutzgesetz, seit 1978 gab es den Bundesdatenschutzbeauftragten. Schon bald darauf wurde die Forderung nach einem wirksamen Schutz von Arbeitnehmerdaten

laut. Leider wurde diese Forderung nicht gehört, bis es zu den bekannten Fällen des Ausspionierens von Arbeitnehmern bei Lidl, bei der Telekom, bei der Bahn und anderen kommen konnte, die uns alle empört haben. Nun hat die Bundesregierung am 25. 8. 2010 einen Gesetzentwurf beschlossen und auf den Weg durch das parlamentarische Verfahren gebracht.

Natürlich enthält der Regierungsentwurf neuen Konfliktstoff. Die Opposition fordert mehr Transparenz, der DGB meint, der Arbeitgeber habe nun noch mehr Überwachungsmöglichkeiten, als ihm die Rechtsprechung bisher gegeben habe, der Bundesdatenschutzbeauftragte Schaar hält den Gesetzentwurf für eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo, sieht aber noch Defizite und Nachbesserungsbedarf.

Der Streit geht im Wesentlichen um die Videoüberwachung des Arbeitnehmers, die nach dem Gesetzentwurf grundsätzlich nicht zulässig ist. Natürlich werden aber Ausnahmen zugelassen wie z.B. eine für den Arbeitnehmer sichtbare Videoüberwachung zum Zweck der Qualitätskontrolle (wie verhalten sich Arbeitnehmer am Fließband). Hier ist schon der Begriff der Qualitätskontrolle im Streit. Im Grunde kann der Arbeitgeber einseitig entscheiden, so der Vorwurf der Gegner des Gesetzentwurfes, was er unter Qualitätskontrolle versteht.

Der Gesetzentwurf schreibt ferner vor, dass sich der Arbeitnehmer, wenn Anhaltspunkte für Verstöße gegen den Datenschutz vorliegen, zunächst an den Arbeitgeber wenden muss, erst dann kann er sich an die Aufsichtsbehörde wenden. Auch dies wird heftig kritisiert.

Es bleibt abzuwarten, welche Änderungen während des parlamentarischen Verfahrens an dem Gesetzentwurf noch vorgenommen werden. Dennoch ist es gut und wichtig, dass endlich etwas geschieht.

Bärbel Freudenberg-Pilster (OV Gendarmenmarkt)

Zum Thema

Glaubwürdigkeit der FDP

von Antje Pieper



Deutlicher kann ein Warnsignal kaum sein: Nur noch 15 % der Bevölkerung halten Liberale Politik in der Jahresumfrage 2010 der ARD für GLAUBWÜRDIG. Die Begrenzung der FDP-Politikfelder auf Wahlkampfslogans 2009 wie

„Mehr netto vom Brutto“, die Steuersenkungsdebatte und die verfehlte Medienkommunikation haben maßgeblich dazu beigetragen. Trotz dieser Erkenntnisse wurde beim Dreikönigstreffen 2011 die erhoffte Neuorientierung liberaler Politik nicht eingeläutet. Vielmehr wurde „Durchhalten auf hoher See“ propagiert. Auch die neuen Ansätze aus der FDP-Programmkommission zurück zu den „urliberalen Wurzeln“ wurden nur in ersten Umrissen erkennbar. Inzwischen führt das immer häufigere Versagen der demokratischen Kontrollmechanismen in Parlamenten und Bürokratien zur „Bürgerwut“ (Unwort des Jahres 2010), die sich in Berlin z.B. bei BBI, Wasserwirtschaft oder S-Bahn manifestiert. Für eine neue Glaubwürdigkeit hätte die FDP ein Grundkonzept in der ganzen Breite liberaler Themenfelder vorlegen müssen. Die Zeit ist vor allem reif für eine direkte Bürgerdemokratie auf kommunaler, aber auch auf Landesebene. Ist z.B. der Bundesrat noch zeitgemäß oder brauchen wir eine effektivere, praxisnähere Repräsentanz von gewählten Landesvertretern?

Für solche Veränderungen muss allerdings unser Grundgesetz durchdacht werden. UND es werden einige liebgewonnene Privilegien oder eingespielte Pfründe mancher Machtinhaber auf der Strecke bleiben. Das Internet bietet neue Möglichkeiten direkter flexibler Abstimmungsnetzwerke, um die direkten Entscheidungsmöglichkeiten der Bürger in vielen Feldern zu stärken. Ein alleiniges Abdrängen auf den nachträglichen Volksentscheid ist überholt. Die Berliner FDP sollte Modelle zu geeigneten Einwirkungsmöglichkeiten auf Entscheidungsprozesse entwickeln, in denen die Bürgerbedürfnisse und deren Sachverstand frühzeitig und ganzheitlich Eingang finden. So kann der Weg der FDP zurück zur Bürgerrechtspartei wieder glaubwürdig werden.

Antje Pieper ist stellvertretende Vorsitzende des OV Tiergarten

Aus dem Abgeordnetenhaus

Winterdienst, S-Bahn, „Stadtwerk“

von Henner Schmidt



Schneller als gedacht hat sich erwiesen, dass das neue rot-rote Winterdienstgesetz (LC 11/2010) nicht umsetzbar ist. Kaum war das Gesetz beschlossen, zeigte der Wintereinbruch, dass trotz Gesetz keine ordentliche Schnee und Eisräumung stattfand. Kein Wunder, müssen die Schneeräubetriebe doch erst einmal zusätzliche Ausrüstung anschaffen. Die Senatorin entwickelte dann mit der IHK und anderen Lobbyisten eine „ Interpretation“ des Gesetzes – ein seltsames Verfahren, dass Verwaltung und Lobbyisten entscheiden, ob und wie ein Gesetz des Parlaments umgesetzt wird.

Der Winter brachte auch die S-Bahn fast zum Stillstand. Schlamperei, vernachlässigte Wartung, Beschaffung untauglicher Fahrzeuge - an vielen Stellen trat ein erschreckendes Missmanagement zu Tage. Die Behebung des Schadens wird lange brauchen. Eine Ausschreibung des S-Bahn Betriebs im Wettbewerb würde dafür sorgen, dass endlich ein ordentliches Management für die S-Bahn eingesetzt und die Leistung sauber kontrolliert würde. Die Behauptung des Senats, die Probleme hätten nur mit der geplanten Bahnprivatisierung zu tun, wird dadurch widerlegt, dass in vielen Städten die S-Bahnen der DB tadellos verkehren. Es ist doch wohl eher der Senat schuld, der nie genau hingeschaut hat, nach dem Motto „ein Staatskonzern macht das ja immer gut“ und der damals der DB den Auftrag ohne Ausschreibung zuschustern musste.

Trotz des Reinfalls mit dem Staatsunternehmen S-Bahn ist der Senat wild entschlossen, jetzt ein landeseigenes Stadtwerk zu gründen. Es ist zu befürchten, dass Hunderte Millionen Euro ausgegeben werden, um Unternehmensbeteiligungen und Netze zu kaufen, während der Nutzen vernachlässigbar sein wird. Strom- und Gasanbieter gibt es massenweise (auch für erneuerbare Energien) und mit den lokalen Netzen kann man nur wenig die Entwicklung der Energiewirtschaft steuern. Dafür handelt sich das Land Berlin ein Betriebsrisiko ein und könnte auch Verluste einfahren. Das kann für alle Berliner teuer werden.

Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt) vertritt den Bezirk Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist Beisitzer im FDP-Landesvorstand

Aus der Landespartei

Ein liberaler Weg für Berlin

von Lars Lindemann



Zunächst möchte ich Ihnen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2011 wünschen. Wie Sie wissen, hat für unseren Landesverband ein sehr wichtiges Jahr begonnen. Die Berliner FDP wird in den kommenden Monaten die schwierigste Bewährungsprobe seit Jahren zu bestehen haben. Ich bin aber sicher, dass wir am 18. September gemeinsam erfolgreich sein werden – auch wenn zurzeit viele Zeichen nicht gut für uns zu stehen scheinen. Aber vergessen wir Eines nicht: Gewählt wird immer noch am Wahltag. Die personellen Diskussionen auf Bundesebene haben uns hier in Berlin sicher nicht geholfen, aber auch nicht wirklich geschadet. Was wir brauchen, sind standhafte Liberale – sowohl in der Regierung als auch in der gesamten politischen Landschaft. Menschen, die Verantwortung übernehmen und ihr gelbes Fähnchen nicht nach jedem demoskopischen Lüftchen richten. Liberal ist in meinen Augen eine Geisteshaltung. Eine Überzeugung. Und keine sozialistische Trendlackierung. Dies gilt gerade in einer Stadt wie Berlin, die beginnt, sich an die Auswirkungen der Politik einer linken Mehrheit zu gewöhnen. Für uns Berliner ist noch eine Erkenntnis aus den Diskussionen der vergangenen Monate wichtig: Wir müssen uns auf unsere Aufgaben konzentrieren und unsere Themen und Lösungen an die Berlinerinnen und Berliner bringen.

Rekordschuldenstände, zu wenig Arbeitsplätze, zu viel Arbeitslosigkeit, schlechte Schulen und streikende S-Bahnen sind täglich erlebbare Beispiele für die Inkompetenz des rot-roten Senats. Es sind eben nicht Ergebnisse unbeeinflussbarer Außeneinwirkungen, sondern von falscher Politik. Hier müssen wir den politischen Konkurrenten stellen. Richtige Antworten auf die richtigen Fragen haben im Moment augenscheinlich nur wir. Für die Auseinandersetzung im Wahlkampf ist der Landesverband gut aufgestellt. Wir haben solide Finanzen und werden mit Ihrer persönlichen und auch finanziellen Unterstützung – um die ich schon heute bei Ihnen werben möchte – die Wählerinnen und Wähler in Berlin von einem zweiten, liberalen Weg für unsere Stadt überzeugen.

Lars Lindemann MdB (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) ist Schatzmeister des FDP-Landesverbandes Berlin

Aus der BVV-Fraktion

Nicht nur der Senat verspielt die Chancen

von Peter Pawlowski, Fraktionsvorsitzender

Im April 2010 hat die FDP-Fraktion einen Antrag zur Eindämmung der Spielhallen eingebracht, der von der BVV einstimmig beschlossen wurde (siehe Bericht vom März 2010). In dem Antrag schlug die FDP einen Maßnahmenkatalog vor, der in ein Landesgesetz einfließen und der ungehemmten Verbreitung der Spielhallen in Berlin ein Ende setzen soll. Im Dezember 2010 wurden den Bezirksverordneten zahlreiche Vorlagen zur Kenntnisnahme vorgelegt, die den aktuellen Stand der Umsetzung des BVV-Beschlusses auf der Landesebene dargestellt haben. Das Fazit: Das geforderte Landesgesetz ist nicht in Sicht.

Statt dessen begnügt sich der Senat mit kosmetischen Maßnahmen wie z.B. verstärkte Kontrollen im Jugendschutzbereich. Maßnahmen, die in der Praxis nicht greifen, da den Bezirken bereits jetzt Ordnungskräfte fehlen, um die schon existierenden Aufgaben zu erfüllen. In Bezug auf die gesetzliche Regelung weist die Senatsverwaltung auf die fehlende Entscheidungskompetenz hin und schiebt den schwarzen Peter der Bundesebene zu. Dies ist nach Ansicht der FDP-Fraktion und unseres Experten Martin Reeckmann eine faule Ausrede. Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen, dass wirksame Landesgesetze durchaus möglich sind.

Insofern liegt die Vermutung nahe, dass der rot-rote Senat die Bedeutung der Spielhallenproblematik schlicht und ergreifend nicht erkannt hat. Doch damit ist der Senat jedoch nicht allein. Die FDP-Fraktion in der BVV von Berlin-Mitte hat die Liberalen im Abgeordnetenhaus mehrmals auf die negativen stadtentwicklungspolitischen Auswirkungen der Spielhallen für die Quartiere hingewiesen. Der einstimmige Beschluss der Verordneten im zentralen Bezirk Berlins wäre für die Fraktion im Abgeordnetenhaus eine hervorragende Grundlage, den notwendigen Gesetzesentwurf einzubringen und das Thema politisch zu besetzen. Doch dazu ist es leider nicht gekommen.

Offensichtlich hat unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus zu viel Angst vor der angeblichen Regulierungswut, die das Gesetz mit sich gebracht hätte. An dieser Stelle sei unseren Abgeordneten die Lektüre des Standardwerks von Milton Friedman: „Capitalism and Freedom“ zu empfehlen.

Im Kapitel II setzt sich der ordoliberaler Nobelpreisträger mit der Rolle des Staates in der freien Gesellschaft auseinander. Wer den Text genau liest, wird zur derselben Konklusion gelangen wie der Autor: The consistent liberal is not an anarchist.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363; Bürozeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00
www.fdp-fraktion-mitte.de

OV Gendarmenmarkt

Wachwechsel

von Ingo Kamps, Redakteur des OV

Am 14. Januar startet der OV Gendarmenmarkt ins Wahljahr 2011. Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung wird der bisherige Vorsitzende Stefan Scholz den Staffeln an einen neuen Kandidaten übergeben. Wir möchten Stefan für seine jahrelange Arbeit danken, ihm alles Gute wünschen und hoffen, dass er dem OV Gendarmenmarkt auch weiterhin beratend zur Seite steht. Gleiches gilt für die beiden Stellvertreter Thomas Waterstradt und Ingo Kamps, die ebenfalls nicht mehr kandidieren werden. Ein weiterer Dank gilt allen anderen Vorstandsmitgliedern, die dem Vorstand wenigstens zum Teil erhalten bleiben. Eines ist auf jeden Fall schon sicher: Auch mit einer neuen Leitung wird sich der OV Gendarmenmarkt schwungvoll in die Aufgaben der nächsten Zeit stürzen, um so viele Bürger wie möglich von der Richtigkeit liberaler Inhalte überzeugen.

OV Hackescher Markt

Menschenrecht

von Anno Blissenbach, Redakteur des OV

Zur Mitgliederversammlung am 06.12. hatten wir das "fleischgewordene Menschenrecht" in Person von Markus Löning zu Gast, um von seiner Aufgabe als Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung zu berichten, zu der er April 2010 berufen wurde. Bei dieser im AA resortierenden Funktion gehört es zu seinen Aufgaben, Entwicklungen im Ausland zu verfolgen und dem Außenminister Vorschläge zur Gestaltung deutscher Menschenrechtspolitik zu machen. Als nicht weisungsgebundenen sucht er seine Aktionsfelder selbst aus und kann auf den gesamten AA-Apparat zurückgreifen. Seine Schwerpunkte richtete er auf die Länder, in denen Hoffnung auf positive Resultate seiner Arbeit bestünden.

Beim Kandidaten-Caucus des Bezirksverbandes zwölf Tage später bewarb sich unsere Stellvertretende Vorsitzende Agnes Ciuperca mit einer programmatischen Rede für Listenplatz 2 zum AGH. Wieder für BVV-Listenplatz 8 antreten wird Anno Blissenbach.

Zur ersten Versammlung 2011 unseres Ortsverbandes im "Kuchi" gegenüber des am 03.01. geschlossenen "Simon" wurden bei Sushi die Themen diskutiert, welche am Dreikönigstreffen in Stuttgart bei neuer Geschlossenheit überzeugend beantwortet wurden.

OV Oranienburger Tor

Guten Mutes ins neue Jahr

von Ralf Breitgoff, Redakteur des OV

Der Ortsverband Oranienburger Tor ist FÜR Weihnachten und FÜR die davor geschaltete Adventszeit. Und so war es nicht weiter verwunderlich, dass OT sich dazu entschlossen hatte, am 15. Dezember beides auf seiner X-Mas-Party miteinander zu verbinden. Das war riskant, da nur wenige Tage zuvor eine gewisse Internet-Plattform die Welt und die FDP mit Enthüllungen konfrontiert hatte. Gleichzeitig sinnierte ein Fraktionsvorsitzender aus Kiel über die Zusammenhänge des Zusammenbruchs der DDR und dem Zustand der FDP. Also nicht gerade Umstände, die das Partybiest in einem wecken. Dennoch: die Party in der Muschi-Obermaier-Bar war gut besucht, fröhlich und auch feucht. Ganz besonders gefreut hat uns der Besuch von Rudi Hielscher, Ex-Büroleiter von Andreas Pinkwart. Er nutzte eine Reise nach Berlin, um bei guten Freunden vorbeizuschauen. Guten Mutes geht OT ins neue Jahr und in die Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen am 13. Januar. Das Ergebnis stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

OV Wedding

Kämpfen heißt Siegen

von Claudia Bandow, Redakteurin des OV

Auch wenn sich, wie es so scheint, alles gegen die FDP verschworen hat, so ist doch unsere Lust und Kraft an der Partearbeit noch nicht versiegt. Wir alle, sind die gleichen Menschen geblieben, und wenn es auch noch so stürmt um uns herum, wenn wir uns alle einig sind und fest daran glauben, dass es auch wieder aufwärts gehen wird, dann werden wir hoffentlich an den ersten Wahlergebnissen merken, dass Wunder möglich sind. Der Ortsverband Wedding wird am 14.01.2011 seine Jahreshauptversammlung im Centre Francais um 19:00 Uhr abhalten. Und wir alle, werden hoffentlich frohen Mutes sein, wenn wir diese Veranstaltung abgehalten haben.

OV Tiergarten

Jubiläum und Abschied

von Katja v. Maur, Redakteurin des OV

Der OV Tiergarten startet das „Superwahljahr 2011“ mit einem Neujahrsempfang (am 30.01., 12 Uhr im „Lei e Lui“, Wilsnacker Str. 61), in dessen Mittelpunkt die Ehrung unseres Parteifreundes Claus Bachmann für seine 50-jährige Mitgliedschaft in der FDP steht. Claus Bachmann hat u. a. als Vorsitzender, Bezirksverordneter und stets aktives Mitglied der FDP Tiergarten das liberale Profil in unserem Bezirk über lange Zeit entscheidend geprägt. Allerdings ist die Freude nicht gänzlich ungetrübt, denn Michael Sass, unser allseits geschätzter, langjähriger Ortsvorsitzender gibt den Staffelstab am 3. Februar weiter. Wir danken Dir, lieber Michael für Deinen unermüdlichen Einsatz, Deine Integrationsfähigkeit, Dein stets offenes Ohr und dafür, dass Du auch bei schwerstem Seegang das Ruder in der Hand und Deinen sprichwörtlichen Humor behielst und das Schiff nicht verließ. Lieber Michael, Du bist eben ein wahrhaftiger Liberaler und ein Vorbild für unseren aktiven liberalen Nachwuchs!

JuLis Mitte

Inhalt und Geselligkeit

von Justus Leonhard, Vorsitzender

Islam und Islamismus, Bildungspolitik, Ordnungspolitik für den Finanzmarkt – an inhaltlichen Veranstaltungen hat es bei den JuLis Mitte im vergangenen Jahr nicht gemangelt. Unsere Weihnachtsfeier bot da den geeigneten Rahmen, um jenseits der politischen Inhalte gesellig beisammen zu sein: Am 07. Dezember haben wir in gewohnter Umgebung des Café Re's bei selbst gebackenen Plätzchen aus unserem „liberalen Backstudio“, reichlich Glühwein und Schrottwichteln das Jahr 2010 feucht-fröhlich verabschiedet.

Die ersten Veranstaltungen im neuen Jahr stehen ganz im Zeichen von Wahlen. So werden wir etwa auf unserer Jahreshauptversammlung am 01. Februar einen neuen Bezirksvorstand wählen. Darüber hinaus hoffen die JuLis Mitte, auch im nächsten Landesvorstand der Jungen Liberalen gut vertreten zu sein: Auf dem Landeskongress am 15. Januar im Rathaus Reinickendorf kandidieren Friederike Schimak und Ise Schmidt für einen Beisitzer-Posten. Für die Nachfolge von David Issmer, der nach zwei sehr erfolgreichen Amtsjahren nicht erneut antritt, bewirbt sich der Verfasser dieser Zeilen und derzeitige Vorsitzende in Mitte, Justus Leonhardt.

Personalien

(au) Am 14.12. hatte der BV Mitte zur Vorstellung aller an einer Kandidatur auf den Wahllisten der FDP Mitte für die Berlinwahl 2011 Interessierten geladen, die Mitgliedschaft nahm das Angebot eines transparenten Weges zur Auswahl der besten Kandidaten gerne an: Der BVV-Saal im Stadthaus Mitte war gut gefüllt. Unter der Versammlungsleitung von Bezirksvorständler **Burkhard Grell**, Vorsitzender des OV Hackescher Markt, ging es in angenehmer und im besten Wortsinne parteifreundschaftliche Atmosphäre ging es dann zur Sache, zunächst zum AGH: Seine erneute Kandidatur auf dem Listenplatz 1 kündigte unser aktueller Abgeordneter und Landesvorständler **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt) an; er bat um Unterstützung, seine erfolgreiche Arbeit insbesondere im Bereich der Umwelt- und Wirtschaftspolitik fortsetzen zu können. Die Bezirksvorsitzende **Maren Jasper-Winter** (OT) erklärte, auf „einem der vorderen Listenplätze“ antreten zu wollen und betonte Bildungs- und Wirtschaftspolitik sowie Bürgerrechte als Themen. **Agnes Ciuperca**, stellvertretende Vorsitzende des OV Hackescher Markt, erklärte eine Kandidatur für Listenplatz 2; sie wolle sich inhaltlich auf die Integrations- und Sozialpolitik konzentrieren und versprach dabei herausragendes Engagement im Wahlkampf. Für Listenplatz 3 kündigte **Bettina v. Seyfried**, Bezirksvorstandsmitglied und Vorsitzende des OV Wedding, ihre Kandidatur an; zu einer Kandidatur auf „einem der hinteren Listenplätze“ der AGH-Liste stellte sich der stellv. Bezirksvorsitzende und JuLi-Landesvorsitzende **David Issmer** (Gendarmenmarkt), zur Verfügung. Sodann befand sich die Versammlung zu unserer BVV-Liste, wo unser aktueller Fraktionsvorsitzender **Peter Pawlowski** (Tiergarten) ankündigte, sich erneut für eine Kandidatur auf Listenplatz 1 zur Verfügung zu stellen. Eine allgemein als exzellent empfundene Bewerbung lieferte **Hartmut Bade** (Wedding) für Listenplatz 2 ab, als er begründete, warum er sowohl die Erfahrung des Alters wie auch die Frische der Jugend in das Mandat einbringen könne. Eine Kandidatur für Listenplatz 3 kündigte **Alexander Platonov** (Gendarmenmarkt) an. Von den beiden aktuellen Kollegen Pawlowskis in der BVV erklärte **Peter Lundkowski** (Wedding), er habe sich über eine eventuelle Kandidatur auf einem Listenplatz hinter Bade noch nicht entschieden; **Frauke Sander**, Vorsitzende des OV Oranienburger Tor, war an einer Teilnahme an der Versammlung verhindert und lies ausrichten, dass sie sich ebenfalls noch nicht entschieden habe. Pawlowski und Bade entzogen sich nicht dem Appell der Versammlung, für AGH-Direktwahlkreise zur Verfügung zu stehen.

(au) Nachdem die Ortsverbände Hackescher Markt und Wedding sich bereits zur Nikolauszeit in weihnachtlicher Besinnlichkeit getroffen hatten, folgten nach unserer Kandidatenvorstellung noch zwei weitere Weihnachtsfeiern. Der OV Oranienburger Tor traf sich nach gewohnter Organisation durch seine Vorsitzende **Frauke Sander** wiederum in der Bar „Muschi Obermaier“; gemeinsam mit Ortsvorstandsmitglied **Ralf Breitgoff** und unserer Bezirksvorsitzenden **Maren Jasper** konnte sie in zwangloser Atmosphäre auch manch auswärtigen Gast begrüßen, etwa Bezirksschatzmeisterin **Katja v. Maur** (Tiergarten) oder **Alexander Platonov** (Gendarmenmarkt). Nicht Flaschenbier sondern gediegenen Gänsebraten gab es tags darauf beim OV Gendarmenmarkt, wo die traditionelle Rede des Vorsitzenden wegen Schneechaos auf die Zeit nach der Nahrungsaufnahme verlegt werden musste. In jener teilte der langjährige Ortsverbandsvorsitzende **Stefan Scholz** dann nach einem Resümee des schwierigen aber erfolgreich gemeisterten Jahres 2010 mit, dass er aus beruflichen Gründen das Amt künftig in andere Hände legen wolle. Unter den Gästen der von Schatzmeister **Jörg Kleis** organisierten und wie gewohnt von den Liberalen Senioren um ihren Vorsitzenden **Wolfgang Steinfartz** mitverantworteten Veranstaltung aus der Ortsverbandsprominenz **Irmgard Schwaetzer**, **Henner Schmidt** MdA oder Staatssekretätin a.D. **Bärbel Freudenberg-Pilster**; unter den auswärtigen Gästen etwa Bezirksschatzmeisterin **Katja v. Maur** (Tiergarten), Bezirksvorständler **Nils Augustin** und **Agnes Ciuperca** (beide Hackescher Markt) oder **Volker Thiel** MdA (Treptow Köpenick).



(au) Rosen in Tiergarten: **Katja v. Maur**, die langjährige Schatzmeisterin des BV Mitte (und Redakteurin des OV Tiergarten bei LC), hat am 07.01. im Breisgau ihren Lebensgefährten **Tom Reinhold**, welcher ebenfalls Mitglied im OV Tiergarten ist, geheiratet (Foto). Die beiden Opernliebhaber nutzen eine Reise nach Freiburg anlässlich der Aufführung von Richard Wagners „Ring des Nibelungen“ im Stadttheater, um sich am spielfreien Tag zwischen Siegfried und Götterdämmerung im engsten Familienkreis im Freiburger Rathaus das Jawort zu geben.

(au) **Saba Farzan** (OV Wedding) lebt künftig in Genf und Brüssel: Als European Advocacy Representative ist sie seit Beginn dieses Jahres für die „International Campaign for Human Rights in Iran“ tätig.

Leserbriefe

Peter Altmiks (OV Oranienburger Tor)

Lieber Nils, da hast Du auf der ersten Seite ein sehr schönes Zitat der amerikanischen Botschaft gewählt. Wir bleiben die Partei der Bürgerrechte.

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Schlusswort

Vermächtnis

von Anno Blissenbach



Gemäß des Mottos „Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ darf man sich die Freiheit nehmen, mit Gesine Löttsch, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, hier eine Andersdenkende zu zitieren. Nein, nicht gemeint ist das Zitat:

„Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“, durch welches sich SPD-Chef Sigmar Gabriel dazu hinreißen ließ, spontan eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nach der Bundestagswahl auszuschießen.

Zwar wissen dank Andrea Ypsilanti (Hessen), Hannelore Kraft (NRW) und Sigmar Gabriel nun alle, dass die SPD nach der Bundestagswahl anstrebt, mit Hilfe der Linkspartei die Macht zu ergreifen – doch niemand ahnt: so wird es nicht kommen. Denn das obige Zitat („junge Welt“ 03.01.2011) ist völlig aus dem Zusammenhang gerissen; Weiter unten heißt es: „Wenn Kommunismus das Gemeinschaftliche betont und der Liberalismus den einzelnen, dann wollte Rosa Luxemburg beides zugleich – höchstmögliche Gemeinschaftlichkeit bei der Kontrolle darüber, daß Eigentum und Macht im Interesse aller gebraucht werden, und größtmögliche Freiheit individueller Entfaltung, radikaler Kritik und Öffentlichkeit.“ Doch darf man alleine Gesine Löttsch die Deutungshoheit über den Liberalismus überlassen? Nein, die FDP wird jetzt in engem Schulterschluss mit ihr das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Folgende geradezu historische Erkenntnis wird die Republik erbeben lassen: Rosa Luxemburg wollte keinesfalls den „demokratischen Sozialismus“ sondern den „liberalen Kommunismus“! Ihr Vermächtnis ist also die Regierungskoalition: FDP / DIE LINKE! Dies gilt es jetzt zu verwirklichen. Aber um zum Wohle des Volkes koalitionäre Reibungsverluste zu vermeiden, werden wir vor Regierungsübernahme den historischen Vereinigungsparteitag zur PLK (Partei des Liberalen Kommunismus) abhalten. Und anschließend kommt der Himmel auf Erden... geführt von der Doppelspitze Guido / Oskar... oder doch besser Christian Lindner / Sarah Wagenknecht? – Paparazzi sollen die beiden bereits beim heimlichen Techtelmechtel auf Oskars Yacht vor Monaco erwischt haben...

Anno Blissenbach ist Redakteur des OV Hackescher Markt bei LC

Mit dem Dreikönigstreffen eröffnen wir unser Liberales Jahr 2011. Es gibt öffentliche Ratgeber, die sagen, wir sollten etwas härter oder weicher, etwas rechter oder linker, ein wenig konservativer, grüner oder sozialdemokratischer werden. Wir bleiben wir, die einzige liberale Partei in Deutschland. Mit dem Kurs der Eigenständigkeit als Partei fürs ganze Volk waren wir erfolgreich und werden wir erfolgreich bleiben. Denn eines muss jedem klar sein: Ohne die FDP werden wir linke Mehrheiten in Deutschland bekommen.

Die SPD hat sich vor der Bundestagswahl in Hessen noch geziert. Nach der Bundestagswahl in NRW hat die SPD es ohne Zögern mit den Linken gemacht. Ergebnis in NRW: 30 % Erhöhung der Neuverschuldung. Das ist SPD-Politik mit Grünen und mit Linken. Die Grünen haben im letzten Jahr ein Strategiepapier veröffentlicht: Zitat „ Wir halten den Abbau des Wachstumszwanges auch aus ökologischen Gründen für erforderlich.“ Wo wären wir heute ohne die 3,4 % Wachstum des letzten Jahres. Wer Wachstum ablehnt, der vernichtet Arbeitsplätze und Wohlstand. ... Die Vorsitzende der Linken hat in dieser Woche einen Text veröffentlicht. Zitat: „ Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“ Kommunismus darf in Deutschland nie wieder etwas zu sagen haben und wer mit ihnen paktieren will auch nicht. Wir Liberale gehen auf Angriff, weil wir linke Mehrheiten in Deutschland verhindern wollen.

Guido Westerwelle auf dem Dreikönigstreffen 2011

Termine

Januar 2011

- 13.01. 19.30 h OV Oranienburger Tor: **Jahreshauptversammlung** – mit Neuwahl des Vorstandes u.a. – im Cum Laude (Universitätsstr. 4)
- 14.01. 19.00 h OV Wedding: **Jahreshauptversammlung** – mit Neuwahl des Vorstandes u.a. – im Centre Francais (Müllerstr. 74)
- 14.01. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Jahreshauptversammlung** – mit Neuwahl des Vorstandes u.a. – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de
- 15.01. 10.00 h JuLis Berlin: **Landeskongress** – mit Neuwahl des Vorstandes und Antragsberatung – im BVV-Saal des Rathauses Reinickendorf (Eichborndamm 215-239)
- 17.01. 18.00 h AGH-Fraktion: **Liberales Wirtschaftsgespräch** mit IHK-Hauptgeschäftsführer Jan Eder im Abgeordnetenhaus von Berlin (Niederkirchnerstr. 5)
- 26.01. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de
- 27.01. Liberale Frauen Berlin: **Jahreshauptversammlung** – Info www.liberales-frauen-berlin.de
- 30.01. 12.00 h OV Tiergarten: **Neujahrsempfang** im „Lei e Lui“ (Wilsnacker Str. 61)

Februar 2011

- 01.02. 19.30 h JuLis Mitte: **Jahreshauptversammlung** – mit Neuwahl des Vorstandes u.a. – im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), Raum 226
- 03.02. 19.30 h OV Tiergarten: **Jahreshauptversammlung** – mit Neuwahl des Vorstandes u.a. – im Rathaus Tiergarten, Balkonsaal
- 07.02. 19.30 h OV Hackescher Markt: **Jahreshauptversammlung** – mit Neuwahl des Vorstandes u.a. – im Simon (Auguststr. 53)
- 28.02. 19.30 h BV Mitte: **Jahreshauptversammlung** des Bezirksausschusses – mit Neuwahl des Vorstandes und Antragsberatung – Info www.fdp-mitte.de

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de. Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.